



ERWARTUNGSKATALOG

E20achtzehn

Für eine starke und attraktive
Wirtschaftsregion Ostdeutschland

Die Erwartungen der ostdeutschen Wirtschaft
an Politik, Wirtschaft und Wissenschaft

November 2018

INHALTSVERZEICHNIS



E20achtzehn

PROLOG

**Es geht um eine starke und attraktive
Wirtschaftsregion Ostdeutschland 5**

DIESES LAND

**OSTDEUTSCHLAND IM JAHR 28 NACH DER WENDE
Prof. Dr. Joachim Ragnitz, ifo Dresden 6**

LAND FÜR MUTIGE ENTSCHEIDUNGEN

Die Erwartungen der ostdeutschen Wirtschaft in 10 Punkten 8

AUTOREN

Mitglieder des Präsidenten-Clubs 14



PROLOG

ES GEHT UM EINE STARKE UND ATTRAKTIVE WIRTSCHAFTSREGION OSTDEUTSCHLAND

Vor 28 Jahren vollzog sich die friedliche Revolution in Ostdeutschland. Im Zuge der Deutschen Einheit entstanden fünf neue Bundesländer und ein geeintes Berlin. Die Veränderungen in der Gesellschaft, in Politik, Verwaltung und Wirtschaft waren erheblich und wurden gemeistert. Ein Transformationsprozess dieses Ausmaßes sucht seinesgleichen. Entstanden ist ein Wirtschaftsraum Ostdeutschland, der mit Stolz auf das Erreichte zurückblicken kann.

Allerdings ist der Aufhol- und Annäherungsprozess ins Stocken geraten und Ostdeutschlands Kennzahlen liegen im Durchschnitt um 25 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Die ungünstige Bevölkerungsentwicklung, fehlende bzw. schwach entwickelte Kapital- und Eigentumsstrukturen, die Nachfolgeproblematik bei zahlreichen Unternehmen in erster Generation, das Fehlen von Großunternehmen und Konzernforschung haben die Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft befördert und behindern die erforderliche Innovationskraft für Wachstum und Zukunft.

Angesichts des insgesamt Erreichten und der gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen besteht für die ostdeutsche Wirtschaft eine besondere Notwendigkeit und zugleich auch eine herausragende Chance für einen weiteren Entwicklungsschub. Die noch jungen Bundesländer sind transformationserfahren und haben die Fähigkeit, Polepositionen in den Themen Digitalisierung, Energiewende, E-Mobility, Digital Health und auf weiteren Gebieten einzunehmen.

Dazu bedarf es auch kluger und vorausschauender Entscheidungen der Politik. Der das Ostdeutsche Wirtschaftsforum beratende „Präsidentenclub“, der insgesamt etwa 165.000 Unternehmen in den neuen Bundesländern und Berlin repräsentiert, benennt mit dem folgenden Erwartungskatalog zentrale Aufgaben, die vor den politisch Verantwortlichen in Ostdeutschland und auf Bundesebene stehen.

DIESES LAND

OSTDEUTSCHLAND IM JAHR 28 NACH DER WENDE



Prof. Dr. Joachim Ragnitz,
ifo Dresden

In den vergangenen 28 Jahren hat sich die ostdeutsche Wirtschaft gut entwickelt und braucht in vielen Bereichen den Vergleich mit anderen Transformationsökonomien nicht scheuen. Zwischen Ost- und Westdeutschland besteht bei vielen ökonomischen Leistungsgrößen jedoch nach wie vor ein erhebliches Gefälle zwischen West und Ost, und angesichts der demografischen Herausforderungen besteht sogar die Gefahr, dass sich zumindest für einige Regionen der Rückstand sogar wieder vergrößert. Ein Erkenntnisproblem besteht diesbezüglich nicht: Es sind die strukturellen Besonderheiten der ostdeutschen Wirtschaft, wie die Kleinteiligkeit oder das Fehlen von Un-

ternehmenshauptsitzen, die eine stärkere Dynamik verhindern. Woran es fehlt, sind jedoch mutige politische Entscheidungen, wie diese strukturellen Schwächen, die sich nicht auf die Schnelle abbauen lassen, kompensiert werden können.

Mancherorts fehlt es an allem, was erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung ausmacht: Talente, Technologie und Toleranz. An Talenten deswegen, weil die Abwanderung junger, gut qualifizierter Bevölkerungsschichten in den 1990er- und 2000er-Jahren einen Verlust an Eliten zur Folge hatte; an Technologie deswegen, weil die Innovationstätigkeit insbesondere in der Wirtschaft zum Teil erschreckend gering ist; an Toleranz deswegen, weil die Konfrontation mit dem Fremden in großen Teilen

Ostdeutschlands Verlustängste und daraus resultierend Abwehr auslöst. Die Politik kann gegenzusteuern versuchen, mit noch mehr Förderprogrammen, noch mehr Infrastrukturausbau, noch mehr Sozialleistungen – aber dabei handelt es sich häufig nur um ein Kurieren von Symptomen, nicht den Ursachen. Sachgerechtere Maßnahmen wie stärkere Investitionen in Bildung und Ausbildung oder eine gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften treten demgegenüber in den Hintergrund – wohl auch, weil sie bestenfalls langfristig Erfolge versprechen und damit in einem an Wahlterminen und Beifall des Publikums ausgerichteten politischen Geschäft als nachrangig angesehen werden. Auch die Stärkung regionaler Eigenständigkeit bei der Festsetzung regulatorischer Regelungen und der Abbau von kleinteiliger Bürokratie könnte helfen, der wirtschaftlichen Entwicklung mehr Schwung zu geben und die anstehenden Herausforderungen – zum Beispiel in den Bereichen Demografie, Digitalisierung und Globalisierung – zu meistern. Aber auch hierzu fehlt häufig der politische Mut, wird in einer solchen „Sonderwirtschaftszone“ doch häufig ein Widerspruch zum Postulat der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gesehen. „Gleichwertig“ sind bei regional unterschiedlichen Rahmenbedingungen aber nicht gleiche, sondern regional differenzierte Regelungen.

Man kann sich natürlich auf den Standpunkt stellen, dass knapp 30 Jahre nach der Wiedervereinigung eine besondere Behandlung Ostdeutschlands nicht länger erforderlich wäre und dass es strukturschwache Regionen auch in Westdeutschland gibt. Aber: Der Osten ist nahezu flächendeckend strukturschwach, während dies im Westen immer nur für einzelne Regionen gilt. Und politische und gesellschaftliche Entwicklungen im Osten können der Vorläufer von gleichartigen Entwicklungen im Westen sein. Aktuelle Ereignisse in Ostdeutschland mag insoweit eine Sprengkraft innewohnen, die man in Deutschland insgesamt nicht haben will – und nicht nur gesamtwirtschaftliche, sondern auch gesamtstaatliche Verantwortung spricht dafür, den Osten auch künftig nicht alleine zu lassen. Da „der Osten“ im politischen Berlin keine Lobby hat, hat sich das Ostdeutsche Wirtschaftsforum zum Ziel gesetzt, diese Lücke zu füllen und lösungsorientiert an Vorschlägen zu arbeiten, die den Osten voranbringen. Der vorliegende Fordeungskatalog fasst diese in prägnanter Form zusammen.

LAND FÜR MUTIGE ENTSCHEIDUNGEN

DIE ERWARTUNGEN DER OSTDEUTSCHEN WIRTSCHAFT IN 10 PUNKTEN



1. INFRASTRUKTUR ZUKUNFTSORIENTIERT AUSBAUEN

Ohne eine kluge und durchdachte Strategie und Konsequenz ist es unmöglich, die Infrastruktur zukunftsfähig auszubauen, zumal in Zeiten grundsätzlicher Transformationen langfristiges Denken mit dem Einsatz verfügbarer Ressourcen nachhaltig verknüpft werden muss.

Wir erwarten, dass

- der flächendeckenden Versorgung mit Breitband auf Glasfaserbasis oberste Priorität beigemessen wird und bürokratische Hemmnisse reduziert werden,
- beim gezielten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur Erhalt und auch Ausbau sowie die Schließung von Verkehrslücken im Fokus stehen sollte. Das „Abhängen“ ganzer Regionen muss gestoppt werden,
- Planungsverfahren durch Gesetzesnovellierungen auf Bundes- und Landesebene bis hin zu den Planungsprozessen in den Kommunen deutlich verkürzt werden,
- der Flughafen BER zwingend zu einem internationalen Drehkreuz mit Langstreckenanbindung ausgebaut wird, sodass Effekte für die Wirtschaft in ganz Ostdeutschland entstehen. Ein länderübergreifendes, konzentriertes und konzertiertes Standortmarketing für die Einzugsregion 100 Kilometer rund um den BER muss unterstützt werden.

2. KONSEQUENT IN JUGEND UND BILDUNG INVESTIEREN

In der Bildung spiegelt sich die Zukunft wider. Es braucht eine grundlegende Veränderung der Inhalte und Methoden, um die heranwachsende Jugend für die künftigen Anforderungen vorzubereiten. Dazu werden vor allem Strategien benötigt, die dann auch mutig umgesetzt werden.

Wir erwarten, dass

- die Jugend stärker und individueller gefördert wird, um sie gezielt für eine berufliche Entwicklung zu motivieren und vorzubereiten, sowie mehr Öffentlichkeitsarbeit für die Chancen einer betrieblichen Ausbildung betrieben wird,
- eine offene Einstellung zum Unternehmertum bei jungen Menschen schon durch „Entrepreneurship Education“ in Schulen und Hochschulen sowie in der beruflichen Bildung gefördert wird,
- der Stellenwert der MINT-Bildung (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) durch regelmäßiges praxisorientiertes Lernen von der Kita bis zum Abitur gesteigert wird,
- in unseren Schulen eine Infrastruktur geschaffen wird, die es Schülern ermöglicht, sich auf die Zukunft vorzubereiten und sich neuen Technologien und Medien gegenüber zu öffnen. Eine zeitgemäße IT- Ausstattung und Lehrer, die ihren Schülern den Umgang damit erklären können, sind dabei ein Muss.

3. FACHKRÄFTE GEWINNEN, AUSBILDEN UND HALTEN

Der demografische Wandel macht Ostdeutschland (zwangsläufig) zu einem Vorreiter, der zeitnah große Probleme zu lösen hat. Dabei geht es auch um die Zukunftsfähigkeit von Berufsbildern, von Bildungsinhalten und die gezielte Nutzung von Digitalisierung und Automation.

Wir erwarten, dass

- alle Potenziale des Arbeitsmarktes konstruktiv erschlossen werden,
- Absolventen aus der Region bzw. aus anderen Bundesländern auch hier berufliche und familiäre Perspektiven finden müssen. Andernfalls bleibt es beim teuren „Bildungstourismus“ ohne anschließende Wertschöpfung,
- die Länder wirksame Rückgewinnungsprogramme für abgewanderte Fachkräfte initiieren und ausbauen und die Kommunen in ihren Bemühungen unterstützen,
- die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland durch ein modernes Einwanderungsgesetz erleichtert wird. Der Einwanderungsprozess für Fachkräfte und Gründer ist so leicht wie nur möglich und einheitlich zu gestalten,
- Flüchtlinge mit Bleibeperspektive durch zielgerichtete staatliche Unterstützung auf eine berufliche Karriere in Deutschland vorbereitet werden.

4. INNOVATIONEN UND INNOVATIONSKULTUR FÖRDERN

Der Innovationsgrad der ostdeutschen Unternehmen ist noch vergleichsweise gering, was auch an der kleinteiligen Struktur der Wirtschaft liegt. Bevor große Unternehmen entstehen, muss der Staat hier Voraussetzungen schaffen, Ergebnisse fördern und für die Region sichern.

Wir erwarten, dass

- Gründungen im Bereich der industrienahen Dienstleistungen (z. B. Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen und Produktdesign) forciert werden,
- die Innovationskultur und Technologieakzeptanz sowie der Technologietransfer weiter gestärkt werden,
- Hochschulen sowie Forschungseinrichtungen effektiver mit der Wirtschaft vernetzt werden,
- Unternehmensausgründungen aus den Hochschulen stärker gefördert werden,
- Forschungs- und Innovationsprogramme mittelstandsfreundlicher ausgestaltet werden,
- Aufsichtsinstitutionen wie die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, aber auch die Finanzministerien und -ämter innovative Geschäftsmodelle verstehen,
- die Potenziale von Start-ups im ländlichen Raum gefördert werden.

5. OSTDEUTSCHLAND ZUM VORREITER DER DIGITALISIERUNG MACHEN

Bei der Meisterung der Herausforderungen durch die digitale Transformation steht Deutschland insgesamt noch am Anfang. Eine herausragende Chance, die Führung bei der digitalen Wende in Deutschland zu übernehmen und so zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse beizutragen.

Wir erwarten, dass

- die digitale Wende für Ostdeutschland in besonderer Weise und Priorität behandelt wird, weil sie das Potenzial zur Angleichung der Lebensverhältnisse bietet,
- Rahmenbedingungen für eine digitale Agenda Ostdeutschlands von den Ländern entwickelt und vom Bund unterstützt werden,
- eine gemeinsame ostdeutsche Vision zur Meisterung der digitalen Herausforderungen erarbeitet wird, die klare Ziele und Wege bestimmt sowie einen Stärken- und Aufgabenabgleich zwischen den ostdeutschen Nachbarländern organisiert,
- die hierfür insbesondere für den Mittelstand aufgelegten Förderprogramme fortgeführt werden,
- die flächendeckende Versorgung mit Breitband als Grundvoraussetzung verstanden und konsequent umgesetzt wird.

6. UNTERNEHMERGEIST FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE WIRTSCHAFT STÄRKEN

Eine der größten Herausforderungen für den ostdeutschen Mittelstand ist es, professionelle und geordnete Unternehmensübergaben zu organisieren, die den Fortbestand der Unternehmen nicht nur sichern, sondern die Basis für künftiges Wachstum legen.

Wir erwarten, dass

- das Image eines modernen Unternehmers in der Öffentlichkeit einen höheren Stellenwert einnimmt,
- die Etablierung der Kultur einer zweiten Chance unterstützt wird. Dazu bedarf es z. B. der Überarbeitung des Insolvenzrechts, um die schnellere Wiedererlangung der Handlungsfähigkeit von redlichen Gründern zu ermöglichen,
- eine verstärkte Gründerförderung in das Förderangebot aufgenommen wird, und Gründer vor ausufernder Bürokratie geschützt werden,
- Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Unternehmensübergaben und -übernahmen erleichtern und ein perspektivisches Umfeld schaffen, bei dem es sich lohnt, neue Unternehmen anzusiedeln, Bestandsunternehmen auf- und auszubauen und die Wirtschaft zu stärken.

7. ENERGIEWENDE ENTWICKELN UND ANPASSEN

Die Vorreiterrolle, die Ostdeutschland bei der Gewinnung Erneuerbarer Energien erreicht hat, ist beachtlich und national wie international beispielgebend. Das Know-how der Unternehmen im Umgang mit der Energiewende muss zum Standortvorteil werden.

Wir erwarten, dass

- eine sichere, qualitativ stabile und umweltverträgliche Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen realisiert wird,
- eine störungsfreie Versorgungssicherheit und darauf ausgelegte Infrastrukturen gepflegt und ausgebaut werden,
- sich die Landesregierungen für eine gerechte Verteilung der Kosten der Energiewende sowie für eine Minderung des staatlich induzierten Strompreisananteils engagieren,
- für Investitionen angesichts der sehr dynamischen Gesetzgebung im Bereich der Erneuerbaren Energien Planungssicherheit und Bestandsschutz besteht,
- für die Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft zur lösungs- und marktorientierten Entwicklung in den Bereichen Elektrizität, Wärme und Mobilität ein Anreizsystem geschaffen wird.

8. STRUKTURWANDEL IN DER REGION MIT MUT UND AUGENMASS GESTALTEN

Strukturveränderungen sind in Ostdeutschland auf der Tagesordnung und stets auch mit Strukturbrüchen verbunden. Es gilt allerdings, die Vorreiterrolle zum Vorteil für den Standort zu machen und rigide Entscheidungen zu Lasten der Region zu vermeiden.

Wir erwarten, dass

- die bisherigen Erfahrungen mit Strukturbrüchen im Osten für Augenmaß bei künftigen Strukturentscheidungen sorgen,
- mutige Zukunftskonzepte gemeinsam von Politik und Wirtschaft erarbeitet und die noch vorhandenen Industriekerne gesichert und entwickelt werden,
- die Stärkung der Regionen außerhalb der Wachstumskerne als gesamtgesellschaftlich vorrangige Aufgabe verstanden wird, die weiterhin schrumpfenden Regionen durch vielfältige Maßnahmen für eine positive Entwicklung zu stabilisieren,
- das Angebot an bezahlbarem Wohnraum als wichtiger Standortfaktor begriffen und gefördert wird,
- der Ausstieg aus der Braunkohle langfristig und vorausschauend organisiert wird und zuvor praxistaugliche Alternativszenarien für nachhaltige Beschäftigung und attraktive Lebensräume entwickelt werden.

9. BÜROKRATIEABBAU ERNSTHAFT UND NACHHALTIG VORANBRINGEN

Die Modernisierung der Verwaltung reicht von der Verabschiedung von Gesetzen bis zur Digitalisierung der Workflows als Dienstleister für Bürger und Unternehmen. Hier braucht es einen Paradigmenwechsel von der Verwaltungs- zur Dienstleistungs- und Förderungsinstitution.

Wir erwarten, dass

- die Belastungen von Unternehmen in Ostdeutschland durch Bürokratiekosten gerade für die vorwiegend kleinen und mittelständischen Unternehmen reduziert werden,
- von der Politik verbindliche, ehrgeizige Bürokratieabbauziele definiert und entschlossen umgesetzt werden,
- mehr Mut zu weniger Regeln aufgebracht wird, damit überflüssige Bürokratie frühzeitig vermieden werden kann,
- Flexibilisierungsgesetze geschaffen werden, die gerade für mehr Spielraum im ländlichen Raum in allen Lebensbereichen sorgen,
- E-Government-Dienstleistungen auf Verwaltungsebene stärker als bisher angeboten werden.

10. INTERNATIONALISIERUNG STÄRKER FÖRDERN

Dem ostdeutschen Mittelstand fällt es aufgrund der Kleinteiligkeit nach wie vor schwer, sich auf internationalen Märkten zu engagieren. Dabei mangelt es nicht an innovativen und weltmarktfähigen Produkten, sondern an erforderlichen Kapazitäten.

Wir erwarten, dass

- mit gezielter Wirtschaftsförderung ostdeutsche Unternehmen stärker in die Lage versetzt werden, sich im internationalen Rahmen zu präsentieren sowie verlässliche Geschäftskontakte und Exportlinien anzubahnen und aufzubauen,
- durch innovatives Standortmarketing ein positives Image und die vorhandenen Potenziale als Vorteile und Chancen vor Investoren und Geschäftspartnern dargestellt werden,
- ein besonderer Fokus auf Partnerschaftsmodelle mit europäischen Nachbarländern gelegt wird und die Vorteile von geografischer und kultureller Nähe insbesondere für mittelständische Unternehmen genutzt werden,
- es Start-ups in Europa ermöglicht wird, schon von Beginn an ohne nationale Hindernisse auf den gesamten europäischen Markt zugreifen zu können.

DIE AUTOREN

Mitglieder des Präsidenten-Clubs





Martin Bergner
Vorstandsvorsitzender
Zentralkonsum e. G.



Axel Gedaschko
Präsident
GdW Bundesverband deutscher
Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.



Niklas Graf von Bernstorff
Vizepräsident
Unternehmerverband Berlin e. V.



Peter Heydenbluth
Präsident
Industrie- und Handelskammer Potsdam
Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft der IHK Brandenburg



Frank Nehring
Präsident
MPW – Forum für Medien, Politik und Wirtschaft e. V.



Rolf Paukstat
Präsident
Unternehmerverband Norddeutschland
Mecklenburg-Schwerin e. V.
Sprecher der Verbände Rostock und Vorpommern



Thomas Sapper
Präsident
BWA Bundesverband für Wirtschaftsförderung und
Außenwirtschaft Global Economic Network e. V.



Dirk Schneemann
Vizepräsident
Deutsch-Französischer Wirtschaftskreis e. V.



Roy Uhlmann
Vorstandsmitglied
Bundesverband Deutsche Startups e. V.

Initiative Wirtschaft.Wachstum.Zukunft

c/o W+M Wirtschaft und Markt GmbH
Charlottenstraße 65
10117 Berlin

OstdeutschesWirtschaftsforum.de

